Julius Teuchert,
Fabrik von Regen- u. Sonnenschirmen
(gegründet 1830)
Altstadt, Schloßstraße, Ecke der Rosmarinstrasse. **Neustadt, Hauptstraße,** Ecke der Ritterstrasse.

Neue elegante **Anzugs-** und **Paletotstoffe** für Herren.
J. Unbescheid & Söhne
Damen-Paletot- und Regenmäntel-Stoffe. Für Kinder billige, feste Stoffe.
Schreibergasse 21.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2. part. und 1. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Fabrik-Etablissement einfacher u. eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn, Waisenhausstraße 7, Halb-Etage.
Wegen der zum 1. April stattfindenden Verlegung des Geschäftslokals nach **Prageerstrasse 6, part.** werden sämmtliche Gegenstände des Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft. | Für **Knaben: Confirmanden- u. Schul-Anzüge** etc. | Für **Mädchen: Confirmanden-Jaquets, Kleider** etc. | **Anfertigung nach Maass.** Auswahlsendung bereitwilligst.

Nr. 60. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 29. Februar: Mäßiger Ostwind, ziemlich heiter, trocken, Frost. | Dresden, 1884. **Freitag, 29. Februar.**

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Nach Redaktionsschluß

Von den gestern Abend im Stadtverordneten-Collegium gefaßten Beschlüssen seien hier notirt, daß der vom Rathe gestellte Antrag: alle Fragen persönlicher Art, die städtische Beamte oder Personen, die in irgend welchem Dienstverhältnisse zur Stadt stehen oder in solches treten sollen, nicht mehr in öffentlicher Sitzung zu verhandeln — abgelehnt wurde; ferner, daß man bei dem schon früher gestellten Antrage: Schulbauten nur gegen fünfjährige Garantie zu vergeben, entgegen einem Rathscommunicat, stehen bleibt.

Triest. Der Lloyddampfer „Flora" ist am 27. ds. Mts. Abends im Kanale von Chios in gefährlicher Position aufgefahren. Rettung wurde schleunigst veranlaßt. Passagiere und Bemannung sind außer Gefahr.

Paris, 28. Febr. Boulevard. 5% Rente 76,40. Anleihe 105,85. Italiener 93,07. Türken 8,92. Türkenlooste — —. Spanier 61,00. Egypter 334,00. Ottomanen 627,50. Fest.

Auf den Monat März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstrasse 13, zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserl. Postanstalten im deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in der Oesterr.-Ungar. Monarchie zu 77 Kr. excl. Agiozuschlag angenommen.

Expedition der Dresdner Nachrichten.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Ein Genuß ist es nun schon nicht, sich immer wieder mit der amerikanischen Schweinefrage beschäftigen zu müssen. Die große Bedeutung der Angelegenheit jedoch nöthigt dazu, das Publikum im Laufenden zu erhalten. Wie mehrfach gemeldet, hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Arthur, eine Kommission niedergesetzt, welche mit der Untersuchung der amerikanischen Fleischwaarenindustrie beauftragt war. Jetzt liegt der von ihr erstattete Bericht vor. Wie vorauszusehen, tritt der Bericht den Anschauungen der auswärtigen Regierungen gegenüber und für die Interessen der amerikanischen Produktion ein. In den Einrichtungen der amerikanischen Fleischindustrie sei Nichts was geeignet sein könnte, das Fleisch ungesund zu machen, der Speck sei so gut, vielleicht sogar besser, wie der französische oder deutsche, Trichinen kämen nur in verschwindlichen Ausnahmefällen vor, das Verbot der amerikanischen Speckeinfuhr erscheine daher nicht gerechtfertigt. Die Kommission glaube, daß die mikroskopische Untersuchung des zur Ausfuhr bestimmten Fleisches, wenn eine solche gewünscht werden sollte, in den Verpackungsetablissements ganz vollkommen werde vorgenommen werden können. Es ist also die vollständige Beschönigung der vorhandenen Mißstände. Denn der Schlußsatz, der eine gewisse Bereitwilligkeit zur Vornahme mikroskopischer Untersuchungen in Aussicht stellt, wird durch den Zusatz: „wenn dies gewünscht werden sollte", seiner Bedeutung ziemlich entkleidet; auch öffnet die Beschränkung der Fleischschau auf die zur Ausfuhr bestimmte Waare das Thor für allerhand Durchstechereien. Wer soll es überwachen, daß nicht auch ursprünglich zum Consum in Amerika bestimmte und deshalb nicht untersuchte Waaren schließlich verschifft werden? Eignet sich die Regierung der Republik die Anschauungen des Untersuchungsberichtes an, so bleibt Alles beim Alten; es wird keinerlei Vorkehrung gegen gesundheitsschädliche Praktiken ergriffen und Deutschland wie die übrigen Länder Europas werden sich nicht in der Lage sehen, ihre Einfuhrverbote wieder aufzuheben. Es mag ja richtig sein, daß die Furcht etlicher Großgrundbesitzer vor der Concurrenz amerikanischer Fleischprodukte zuerst die Aufmerksamkeit auf die Sache gelenkt hat; nachdem sich aber die Anklage als berechtigt herausgestellt, war es Pflicht jeder sorglichen Regierung, ihre Landesangehörigen vor der Bekanntschaft mit trichinösen Fleischwaaren zu schützen. Nicht bloß Staaten mit einflußreicher Landwirthschaft wie Deutschland, Oesterreich resp. Frankreich, auch Länder, bei denen die Concurrenz der amerikanischen Schinken und Speckseiten für die gering entwickelte Landwirthschaft keine Rolle spielt, wie Griechenland und die Türkei, wehren sich gegen jene gesundheitsschädlichen Erzeugnisse.

Dieser neuerliche Untersuchungsbericht, welcher der Unschuld der amerikanischen Trichine ein so unglaubliches Zeugniß ausstellt, ist weiter Nichts als die Aufwärmung des Beschlusses einer schon 1881 einmal eingesetzt gewesenen Kommission. Auch diese kam zu dem Ergebniß, daß es Nichts Gesünderes gebe, als jene so boshaft verdächtigten Schweinewaaren. Nun hat — und das ist ein Punkt, der noch einer Aufklärung bedarf — im Februar vorigen Jahres, als Deutschland sein Einfuhrverbot erließ, Amerika die Ernennung einer Sachverständigen-Kommission vorgeschlagen und zwar sollten die deutschen Kommissare sowohl allein als vereint mit den amerikanischen die Prüfung vornehmen. Es wird behauptet, daß Deutschland diesen Antrag der Vereinigten Staaten ablehnte und zwar unter der Motivirung, daß das Einfuhrverbot eine innere deutsche Angelegenheit der Gesundheitspolizei sei und Deutschland sich in keiner Weise binden könnte. Außerdem mag Deutschland wohl gute Gründe gehabt haben, nicht auf diesen schlüpfrigen Boden zu treten. Die Schlauheit der geriebenen Amerikaner hätte schon dafür gesorgt, daß den deutschen Kommissaren kein verdächtiges Material zur Prüfung unter die Hände gekommen wäre. Mit so viel Polizeigewalt, als erforderlich gewesen wäre, um hinter die Geheimnisse jener abgefeimten, betrügerischen Schweine-Exporteure zu kommen, hätten doch die Vereinigten Staaten die deutschen Kommissare nicht ausgerüstet. So von heute sind wir nun auch nicht, um den Amerikanern mit unserer eigenen Unterstützung zu einem Zeugniß für die Vorzüglichkeit ihrer Schweineprodukte zu verhelfen. Die in Deutschland angestellten Untersuchungen des Prof. Roloff an der Thierarzneischule zu Berlin lauten ganz anders. Bis zu 18% sind die amerikanischen Schinken und Speckseiten trichinös durchzogen befunden worden. Außer der Trichine decimirt aber noch eine andere Krankheit die dortigen Borstenthiere: neben Rothlauf und Milzbrand trat das sog. Hoffieber so bösartig auf, daß im Staate Illinois allein 1 Million Schweine zu Grunde ging, deren Fleisch zu Conserven verwendet wurde. Nicht minder wird bei dem Mangel an Sanitätskontrole in Amerika das Fleisch der vom sog. Texasfieber (einer der Rinderpest ähnlichen Krankheit) befallenen Schweine gewerbsmäßig zu Genußmitteln verwendet und nach Europa verschifft. Das Büchsenfleisch, welches in den Arsenalen von Toulon, Cherburg und Rochefort lagert, enthielt nach den Untersuchungen französischer Staats-Chemiker 8—148 Milligramm Kupfer auf 100 Gramm Fleisch, das mit der Wand der Büchse in Berührung gekommen war. Endlich ist zu erwähnen, daß das amerikanische Schweine- und Rindfleisch wegen seines viel geringeren Nährwerthes viel zu theuer von Europa bezahlt wird. Doch, das wäre nicht ausschlaggebend. Die Hauptsache ist, daß in Amerika eine ausreichende Sanitätskontrole nicht vorhanden und auch undurchführbar ist. Europa wird seine Einfuhrverbote aufrecht erhalten.

Der sich seit Monaten hinschleppende Prozeß gegen die norwegischen Minister ist nunmehr zur Verurtheilung des sog. „Hauptschuldigen" gediehen; der Spruch der anderen 10 Minister wird sich konsequenter Weise in der gleichen Richtung bewegen. Der oberste der Minister, Selmer, wurde zur Amtsentsetzung und zur Zahlung von 18,225 Kronen (à 110 Pfg.), wovon 15,000 für den Ankläger bestimmt sind, verurtheilt. Der jetzige Staatsprozeß war der 7. seit etwa 70 Jahren. Die früheren norwegischen Reichsgerichte waren den Angeklagten nicht besonders gefährlich. Theils wurden frühere Minister freigesprochen, theils zu den Gerichtskosten verdonnert; das schärfste Urtheil traf 1836 den Minister Løvenskiold, der 4000 Kronen bezahlen mußte, da er nicht gegen die Auflösung des Storthings protestirt hatte. Jetzt stand nicht ein einzelner Minister, sondern das ganze Kabinet, 11 Minister, vor dem Reichsgericht zu Christiania. Sie waren angeklagt: 1) den König zur Verweigerung seiner Sanktion des Storthingbeschlusses wegen Theilnahme der Staatsräthe (Minister) an den Verhandlungen des Storthing veranlaßt, 2) die Auszahlung der vom Storthing votirten 30,000 Kronen für die Schützenvereine verweigert und 3) die Aufnahme zweier vom Storthing gewählter Mitglieder in die centrale Eisenbahn-Administration abgelehnt zu haben.

In Norwegen ist es ein streitiger Punkt, ob die Minister berechtigt seien, in der Volksvertretung zu erscheinen. Außerhalb Norwegens wird man vergebens nach einem vernünftigen Grunde forschen, warum die Minister nicht öffentlich mit der Volksvertretung sollen verhandeln dürfen. Der König beanspruchte denn auch das Recht, durch seine Räthe im Landtage gehört zu werden. Der Landtag lehnte dies in drei hintereinanderfolgenden Sessionen ab. Der König setzte diesem dreimaligen Beschlusse dreimal sein Veto entgegen. Ueber dieses Veto ist nun der Streit entbrannt. Der Storthing behauptet: ein auf drei Landtagen beschlossenes Gesetz trete unbedingt in Kraft, der König möge sagen und thun, was er wolle. Der König aber und seine Minister behaupten das Gegentheil. Gewiß ist, daß der Wortlaut der Verfassung nicht deutlich genug ist, um jeden Streit über die Tragweite des Veros auszuschließen. Bei gewöhnlichen Gesetzen ist die Auffassung des Storthings richtig, daß der König sich zu fügen hat; bei Gesetzen aber, die die Verfassung abändern, aber liegt dies anders. Genug, der König wird jetzt sich zu entschließen haben, ob er sich dem Storthing beugt und seine Minister entläßt. Wahrscheinlich thut er es nicht, denn das hieße den Bestrebungen der norwegischen Demokratie nachgeben, die auf Losreißung von Schweden und Ausrufung einer norwegischen Republik hinarbeitet. Wie verzwickt diese Dinge liegen, ergiebt sich aus Folgendem: Der Präsident des Reichsgerichts muß nämlich dem Präsidenten des Adelsthings eine Abschrift des Urtheils übersenden, welche dieser mit seiner Unterschrift versieht. Dann wird das Urtheil an die Regierung mit dem Ersuchen geschickt, zu veranlassen, daß dies Urtheil vollstreckt werde. Wenn nun die ganze Regierung verurtheilt wird, auf welche Weise soll dann die Regierung das Urtheil gegen sich selbst vollstrecken? Aus dieser Zwickmühle dürfte nur durch außerordentliche Mittel herauszukommen sein.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 28. Febr.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus genehmigte heute den Nachtragsetat. Es handelt sich um Mehrforderungen, die theils durch die neuen Eisenbahnverstaatlichungen, theils durch die Errichtung eines Staatsschuldbuchs nöthig werden. Dann enthält der Nachtragsetat noch eine Forderung von 300,000 Mk. als erste Rate zur Rheinstrom-Correction. Hierzu wurde regierungsseitig die Erklärung abgegeben, daß der mit der großherzoglich hessischen Regierung abgeschlossene Vertrag den Interessen der Rheinschiffahrt in Bezug auf Fahrwassertiefe völlig Rechnung trage.

Berlin. Der Großfürst Michael erhielt vom Kaiser die Kette zum Schwarzen Adlerorden, womit Sitz und Stimme im Ordenskapitel verknüpft ist. Der Großfürst nahm Abends an der musikalischen Soiree beim Kaiser Theil, verabschiedete sich sodann und reiste zunächst nach Stuttgart. — Prinz August von Württemberg wurde vom Kaiser von Rußland zum Generalfeldmarschall ernannt. — Einem Wiener Telegramm zufolge würde der deutsche Kronprinz im Laufe des Sommers am serbischen Hofe zum Besuch erwartet. Hier ist jedoch nichts davon bekannt.

Berlin. Der Kaiser hat dem Großfürsten Michael eine verkleinerte broncene Kopie des Niederwalddenkmals als Geschenk überwiesen. Das Geschenk erscheint gegenüber der früher in Rußland vorherrschenden Neigung für die Franzosen bedeutungsvoll. — Fürst Bismarck trifft bestimmt Anfang März, wahrscheinlich bereits am 4. von Friedrichsruhe hier ein. — Der Bundesrath berieth das Aktiengesetz. Die Berathung wird wahrscheinlich noch eine Sitzungen beanspruchen, da viele Abänderungsanträge vorliegen. Am Sonnabend wird die Berathung über den Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes folgen.

Wien. Angesichts mehrfacher Mißdeutungen kann das offiziöse „Fremdenblatt" auf das Bestimmteste versichern, daß die russisch-deutsche Annäherung im Interesse der vollen Sicherstellung des Friedens in Wien auf das Wärmste begrüßt wird und daß nach wie vor das deutsch-österreichische Bündniß als die unverrückbare Grundlage der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns angesehen wird. „In gleichem Maße wird unsererseits auch fernerhin auf den Anschluß Italiens an dieses Bündniß der höchste Werth gelegt; auch Frankreich dürfte die großen Vortheile erkennen, welche ihm die Annäherung Rußlands an das Friedensbündniß der Centralmächte bietet."

Pest. Der Ministerpräsident brachte im Unterhause eine Vorlage ein betreffs des Baues einer Eisenbahn von Mostar nach Metkovich, welche dem betreffenden Fachausschusse zugewiesen wurde.

Paris. Einer der berüchtigtsten Revolverjournalisten der Pariser Presse, Namens David, der bereits mehrfach bestrafte ehemalige Gründer des „Grand-Journal", Herausgeber des Finanzblattes „Credit-National" und Direktor einer Schwindelbank, wurde heute wegen Vertrauensmißbrauchs in 1589 Fällen mit einem Gesammtbetrage von mehr als 3 Millionen Francs zu 10 Jahren Gefängniß verurtheilt. Unter den Opfern David's, der flüchtig ist, befinden sich zahlreiche Geistliche.

Christiania. Im Odelsthing brachten heute sämmtliche konservative Mitglieder (31) eine schriftliche Erklärung ein, dahingehend, daß die den Staatsgewalten im Grundgesetze eingeräumte Stellung und zugewiesenen Funktionen durch das Urtheil des Reichsgerichts nicht abgesprochen werden könnten.

London. Die im Gepäckraume des Bahnhofes zu Charing Cross aufgefundene Kiste mit Dynamit war, wie eine Untersuchung in Woolwich herausstellte, auch mit einer Maschine amerikanischen Ursprunges zur Entzündung von Dynamit versehen. Die Beamten von Woolwich ließen einen Theil des Sprengstoffes explodiren. Die Explosion war eine äußerst heftige. Dynamit und Maschine waren in einer Kiste unter Gebrauchsgegenständen versteckt.

Kairo. Zwei egyptische Bataillone, deren Offiziere Engländer sind, sind heute früh nach Assuan abgegangen. Von General Graham sind keine weiteren Nachrichten eingegangen, bis auf ein Telegramm, worin 75 Engadiner als Führer zum Ersatz für die Desertirten verlangt wurden. An Graham sind Instruktionen gesandt worden, in denen wiederholt wird, daß er Vollmacht habe, darüber zu entscheiden, ob der Vormarsch gegen Tokar und ein Engagement mit dem Feinde stattfinden solle oder nicht. Die englische Regierung hege eine Absicht, die militärischen Operationen weiter auszudehnen, da dieselben nur bezwecken, Suakin gegen Angriffe zu vertheidigen.

Die Berliner Börse wies heute eine minder feste Haltung auf als gestern. Später trat eine größere Ermattung ein, der Schluß war ruhig. Spekulative Banken waren niedriger, aber belebt. Deutsche Bank schlossen 1¼ Proz. schlechter, da einzelne Positionen des Gewinn- und Verlustcontos nicht als befriedigend erachtet wurden. Das erzielte Erträgniß entspricht den Erwartungen. Kassabanken waren theilweise zu höheren Kursen recht belebt. Oesterreichische Bahnen nicht fest, österreichische Prioritäten zeigten gute Tendenz. Deutsche Bahnen waren stark schwankend, Ostpreußen und Marienburger höher. Von Kassabahnen waren Halle-Guben und Lübeck-Büchen gut gefragt. Stammprioritäten, Bergwerke nachgebend, vernachlässigt. Industrien waren verzugsweise fest, deutsche Fonds ruhig, fremde Renten schwächer.

Frankfurt a. M., 28. Februar. Credit 235½. Staatsbahn 208. Lombarden —. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 240½. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 76er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Egypter 66,45. Gotthardbahn 94½. Matzner —. Still.

Wien, 28. Februar. Credit 306,00. Staatsb. 311,50. Lombarden 142,25. Nordwestb. 183,00. Marknoten 55,25. Ung. Credit 311,00. Elbethal —. Fest.

Paris, 28. Februar. Schluß.) Rente 76,27. Anleihe 104,75. Italiener 93,00. Staatsbahn —. Lombarden 312,50. do. Prioritäten 295. Egypter 333. Oesterr. Goldrente 88. Fest.

Lokales und Sächsisches.

— Dem Schichtmeister und Knappschaftsrechnungsführer Voß in Zwickau wurde das Albrechtskreuz, dem Aufwärter bei der Kanzlei des Gesammtministeriums, August Schimann, das allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Wie sich erwarten ließ, rief die Petition des Rechtsanwalt Schanz um Wiedereröffnung des Sommer-Theaters im Großen Garten in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer eine lebhafte Debatte hervor, denn der Antrag der Deputation (Ref. Dr. Schmidt), die Petition der Regierung lediglich zur Kenntnißnahme zu übergeben, mußte auf energischen Widerspruch stoßen. Zunächst wies Abg. Man darauf hin, daß die Kreishauptmannschaft die Konzessionsverweigerung ausgesprochen habe, ohne dabei die Ansicht des Kreisausschusses zu hören, wie es doch vorgeschrieben sei. Für die Sicherheit des Publikums werde in dem Sommertheater alles Mögliche gethan werden, zumal da man bereits mit Direktor Karl einen Kontrakt abgeschlossen habe, welcher die vortrefflichen Sicherheitsmaßregeln des Residenztheaters auch auf das Sommertheater übertragen werde. Dagegen ließe das Hoftheater in dieser Beziehung noch zu wünschen übrig, hier seien z. B. noch keine Mittelausgänge für das Parquet vorhanden. Wie dringend man in Dresden die Wiedereröffnung der Sommerbühne wünsche, dafür spreche die von den angesehensten Bürgern der Stadt, unter denen sich nicht weniger als 32 Stadtverordnete befanden, unterzeichnete Petition. Er stellt demnach den Antrag, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Abg. Walter pflichtet diesem Antrag bei. Er glaubt, daß man mit den in Folge des Ringtheaterbrandes angeordneten Vorsichtsmaßregeln etwas zu weit gegangen sei. So hätten z. B. die von der Stadt beorderten Sachverständigen betreffs des Gewerbehaussaales Sicherheitsmaßregeln angeordnet, die nach dem Urtheile der Techniker der Kreishauptmannschaft sich als unnöthig, sogar als undurchführbar herausgestellt hätten. Die einzige Gefahr für den Fall eines Feuers liege in der Unbesonnenheit des Publikums. Das Gebäude des Sommertheaters habe bis jetzt noch nie Veranlassung zu einer Klage gegeben, man könne deshalb wohl Sicherheitsmaßnahmen anordnen, doch ohne Weiteres die Konzession zu entziehen sei eine Unbilligkeit sonder Gleichen. Abg. Ackermann erklärt, daß er nicht in der Lage sei, zu beurtheilen, ob das Gebäude in dem Maße feuergefährlich sei, daß ein Umbau an der Sache nichts bessern würde, oder ob doch durch bauliche Aenderungen die nöthige Sicherheit erzielt werden könne, da die Urtheile der Sachverständigen gerade entgegengesetzt lauteten. Demnach sei es Pflicht der Kammer, der Regierung anzuempfehlen, nochmals Erörterungen darüber anstellen zu lassen und ein Obergutachten einzuholen. Befürworten möchte er die Petition allerdings nicht, um nicht die Verantwortlichkeit für den Fall einer Katastrophe auf sich zu nehmen, und werde demnach für den Deputationsantrag stimmen. Abg. Müller-Coldiz glaubt, daß die Regierung nach dem Wortlaut ihrer Verordnungen kaum eine Berücksichtigung der Petition eintreten lassen könne, denn diese Verordnungen wären in vieler Beziehung viel zu weitgehend, oft sogar nicht durchführbar. Demnach ersuche er die Regierung, einzelne dieser Bestimmungen zu mildern oder besser ganz fallen zu lassen. Abg. Heger erklärt dagegen sich im Interesse der Fremden, die im Sommer Dresden besuchen, für baldige Wiedereröffnung des Sommertheaters, auch Abg. Grahl tritt warm für den Antrag Man ein. Von der Uebernahme einer Verantwortung, wie sie Abg. Ackermann scheue, sei in diesem Falle gar nicht die Rede. Was die Sicherheit anbetröfe, so besitze kein hiesiges Theater so viele Ausgänge, wie gerade das Sommertheater, welches deren 27 aufzuweisen habe. Wenn man einmal so peinlich in den Ausführungen der betreffenden Verordnungen sein wolle, so solle man auch konsequent sein und bei Circusbauten und dergl. denselben Maßstab anwenden. Regierungskommissar Geh. Rath Eharpentier bestreitet, daß die Regierung in ihren Anforderungen an die Feuersicherheit der Theater zu weit gegangen sei, denn sie stütze sich dabei auf das Gutachten von Sachverständigen, denen die größten Erfahrungen zur Seite ständen. Die Kammer habe ja selbst nach der Wiener Katastrophe auf die peinlichsten Prüfungen der Theater und Anordnung von Sicherheitsmaßregeln gedrungen. Ob die bereits erlassenen Anordnungen umgeändert werden würden, erscheint ihm sehr zweifelhaft. Wenn Circusbauten u. dergl. einer Feuersgefahr eher ausgesetzt wären, als das Sommertheater, so könne man daraus höchstens die Mahnung ziehen, künftig hier noch schärfer als bisher in der Kontrole vorzugehen, nicht aber daraus folgern, daß man deshalb bei dem Sommertheater ein Auge zudrücken müsse. Das Ministerium glaube aber, die Verantwortung nicht übernehmen zu können, wenn es sich über die eingeholten Gutachten hinwegsetzte. Abg. Man erinnert daran, daß das Sommertheater bereits 28 Jahre hinter sich habe, ohne daß ein Unglück zu beklagen gewesen, während dagegen das schöne Hoftheater in Flammen aufgegangen sei und zwar in Folge der mangelhaften Kontrole. (Sehr richtig!) Auch das neue Theater sei nicht gegen Feuersgefahr gesichert. Nachdem noch Geh. Rath von Einsiedel dem Abg. Man gegenüber erklärt, daß der Kreisausschuß lediglich deshalb nicht in der Angelegenheit des Sommertheaters beirathet wor-